

Von:
Volker Schmidt
Neudietendorfer Str. 32
99869 Drei Gleichen
Tel: 036202/799000



An:
Thüringer Landessozialgericht
Rudolfstraße 46
99092 Erfurt

AZ.: L 4 AS

Großbrettbach, 23. Juli 2019

Sehr geehrtes Landessozialgericht Thüringen,

hiermit teile ich dem Gericht mit, dass ich jetzt Unterlagen erstelle, in denen detailliert Gefahren für die nationale Sicherheit, Volksgesundheit, Stabilität gesellschaftlicher Systeme, sozialen Frieden und die freiheitlich-demokratische Grundordnung beschrieben sind.

Die Unterlagen stelle ich dem Gericht, Sicherheitsbehörden, Politik und Presse zur Verfügung, damit gezielt Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

Die Erläuterung der Gefahren machen meine Anträge auf Mediation mit dem Land Thüringen und die Notwendigkeit einer Grundsatzentscheidung vom Bundesverfassungsgericht verständlicher. Ob ich Strafanzeige wegen Staatsgefährdung gegen das Jobcenter Gotha stelle, entscheide ich, wenn Sicherheitsbehörden die Unterlagen haben und ich mich mit zuständigen Beamten persönlich unterhalten habe. Meine mehrfachen Bemühungen, den Zielkonflikt mit der Gothaer Behörde zu lösen, liefen ins Leere.

Mittlerweile spitzt sich der Konflikt mit dem Jobcenter Gotha zu. Ich bin nur noch mit Widersprüchen und Klagebegründungen beschäftigt, um wirtschaftlich überleben zu können.

Juni 2019 wurde mir im Zuge meines Antrages auf Weiterbewilligung Juli-Dezember 2019 mitgeteilt, dass ich die untere Wohnung meines Bauernhauses als Eigentumswohnung verwerten soll.

Die untere Wohnung sind leer stehende Räume, die ich nach dem Tod meiner Mutter seit Jahren kostenlos nutze, um Seminare und Ausbildungen durchzuführen. Mit der Forderung nach Verwertung soll mir ganz offensichtlich die Existenzgrundlage entzogen werden.

Parallel dazu bekomme ich finanzielle Rückforderungen oder Ablehnungen der Behörde, die ich in keiner Weise nachvollziehen kann und die mein finanzielles AUS bedeuten würden.

Nun soll ich meine Betriebsräume, meine Existenzgrundlage verkaufen. Aufgrund baulicher Mängel ist eine Herrichtung zum Verkauf teurer als ein Verkaufserlös. Außerdem brauche ich die kostenlosen Räume, um Seminare durchzuführen und künftig Synergetik Lehrer für Schulen ausbilden zu können. Infos: <https://liebe.schule>

Die Forderung auf Verwertung der unteren Wohnung meines Hauses erfolgte 6 Tage, nachdem ich dem Jobcenter Gotha mit Strafanzeige wegen Staatsgefährdung drohte, hören die Torpedierungen nicht auf. Der Zusammenhang (meine Drohung Strafanzeige - Forderung auf Verwertung) ist für mich mehr als offensichtlich.

Jüngstes Beispiel behördlicher Willkür systematischer Ablehnung unabwendbarer Betriebsausgaben und damit einhergehender Umfunktionierung von Betriebsausgaben in Privatausgaben ist ein Geschäftskredit aus 2005, den ich aufgrund fehlender Mittel bisher nicht zurück zahlen konnte. Nun hat mir der Kreditgeber mit Vollstreckung gedroht, zahle ich in festgelegten halbjährlichen Raten nicht zurück.

Mein Antrag auf Rückzahlung wurde abgelehnt mit folgender Begründung:

„Die Darlehensaufnahme wurde dem Jobcenter im Landkreis Gotha nicht bekannt gegeben, weder in den vorgesehenen Vordrucken, noch durch eine schriftliche bzw. mündliche Anfrage etc.)

Das Geschäftsdarlehen ist dem Jobcenter Gotha mehrfach bekannt gegeben worden. Auch die Mittelverwendung. Unterlagen hat die Widerspruchsstelle der Behörde.

Das Darlehen war sogar Thema in der Verhandlung am Sozialgericht Gotha 2019, als das Gericht einen rechtswidrig ergangenen Bescheid wieder aufhob, damit ich weiter Leistungen bekomme.

Die systematischen Torpedierungen gehen nunmehr schon über 2 Jahre. Seit Ablehnung meiner Petition 2017 „Seelische Heilung im Gesundheitssystem- Europamodell“.

Es sind eben keine Verschwörungstheorien, wie das Sozialgericht Gotha im strittigen Urteil behauptete. Es gibt handfeste Gründe, weshalb der Staat so massiv gegen mich vorgeht. Sowohl jetzt durch das Jobcenter Gotha (nach der Petition 2017), als auch beim strittigen Strafbefehl (Teilnahme Innovationspreis Thüringen 2013).

Ziel der Torpedierungen durch das Jobcenter Gotha ist offensichtlich meine Privatinsolvenz.

Damit wäre ein unliebsamer Zeitgenosse weg und mein Europamodell aus der Welt.

Wo kein Kläger, da ist auch kein Richter.

Falsche Unterstellung von Synergetik Therapie (strittiger Strafbefehl) hatte auch zum Ziel, meine gewerbliche Tätigkeit zu kriminalisieren, den Gewinn des Innovationspreises 2013 und damit öffentliche Aufmerksamkeit zu verhindern sowie meine gewerbliche Tätigkeit zum Wohle des Ganzen zu beenden.

Aufgrund der Umstände war der strittige Strafbefehl weder ganz noch teilweise vermeidbar.

Die zu Beginn dieses Schreibens erwähnten Unterlagen sind Verfahrens-relevant. Sind sie fertig, bekommt das Gericht zwei Abschriften.

Das kann aber eine Weile dauern. Unterlagen müssen wissenschaftlich fundiert sein, damit auch das Bundesverfassungsgericht objektiv urteilen kann.

Dieses Schreiben stelle ich zu den anderen auf meine Website <https://www.europamodell.de>

Es gibt ein erhebliches öffentliches Interesse an den Vorgängen.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Schmidt